



# HESSISCHER LANDTAG

17. 03. 2026

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der AfD

#### **Der wirkliche Treiber hoher Spritpreise ist der Staat – Nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung abschaffen**

#### **Der Landtag wolle beschließen :**

1. Der Landtag stellt fest, dass die militärische Eskalation im Nahen Osten zu massiv steigenden Preisen an den internationalen Rohöl-, Gas-, Diesel-, und Benzinmärkten geführt hat und die Preise für Kraftstoffe und Heizenergie auch in Hessen entsprechend angestiegen sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung Kraftstoffe und Heizenergie in Deutschland zusätzlich verteuert und damit Bürger, Pendler, Familien, Handwerksbetriebe, den Mittelstand sowie energieintensive Unternehmen weiter belastet.
3. Der Landtag stellt fest, dass staatlich veranlasste Aufschläge auf Energie und Mobilität weltmarktbedingte Preisschocks nicht abmildern, sondern die bestehenden Belastungen für private Haushalte und die heimische Wirtschaft zusätzlich verschärfen.
4. Der Landtag stellt fest, dass ein weiterer Ausbau von Wind- und Solarenergie die hessische Energieimportabhängigkeit nicht beseitigt. Hessen ist weiterhin in erheblichem Umfang auf Stromimporte sowie auf steuerbare und gesicherte Erzeugungskapazitäten angewiesen.
5. Der Landtag stellt fest, dass die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung diese strukturellen Probleme nicht löst, sondern Energie, Mobilität und Produktion im Inland zusätzlich verteuert, die Standortkosten erhöht, Verlagerungseffekte fördert und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland schwächt, ohne eine verlässliche globale Emissionsminderung zu gewährleisten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Abschaffung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz einzusetzen.

#### **Begründung:**

Die militärische Eskalation im Nahen Osten führt erneut vor Augen, wie empfindlich die Energiepreise auf geopolitische Krisen reagieren. Steigende Preise auf den internationalen Märkten für Rohöl, Kraftstoffe und Heizenergie belasten auch Bürger und Unternehmen in Hessen.

Gerade in einer solchen Lage tritt die Fehlsteuerung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung besonders deutlich hervor. Steigende Energiepreise und die damit verbundenen weiteren steuerlichen Aufschläge verschärfen die Belastungen für private Haushalte, Berufspendler, Handwerk, Mittelstand und Industrie zusätzlich.

Zugleich wird die gegenteilige Behauptung, ein forcierter Ausbau von Wind- und Solarenergie befreie Hessen kurzfristig aus der Energieimportabhängigkeit, durch die amtlichen Daten nicht gestützt. Nach dem offiziellen Monitoringbericht Energiewende Hessen 2025 lag der Bruttostromverbrauch Hessens im Jahr 2024 bei 37,2 TWh, die heimische Bruttostromerzeugung aber nur bei 17,5 TWh. Die Differenz von 19,7 TWh wurde durch Stromimporte geschlossen; damit bezog

Hessen 52,9 Prozent seines Bruttostromverbrauchs von außen. Zugleich machten erneuerbare Energien lediglich 12,7 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus. Selbst die in Hessen erzeugte und eingespeiste erneuerbare Strommenge deckte nur 26,8 Prozent des hessischen Stromverbrauchs.

Damit bleibt Hessen trotz jahrelangen Ausbaus erneuerbarer Energien weiterhin auf Energiezuflüsse von außen angewiesen. Volatile Erzeugung aus Wind und Sonne ersetzt weder Speicher in hinreichendem Umfang noch Netzausbau noch die weiterhin erforderliche Vorhaltung steuerbarer gesicherter Leistung. Die Realität ist deshalb keine energiepolitische Unabhängigkeit, sondern eine kostentreibende Parallelstruktur aus volatiler Einspeisung, Netzausbau, Speicherbedarf und weiterhin benötigter konventioneller Absicherung.

Die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist zudem klimapolitisch wirkungslos, da sie keine tatsächliche globale Emissionsminderung bewirkt. Werden Produktion und Investitionen wegen steigender Energie- und Standortkosten aus Deutschland verdrängt, werden Emissionen nicht vermieden, sondern lediglich räumlich verlagert. Eine solche Politik verbessert allenfalls nationale Klimabilanzen, ohne reale Emissionsminderung.

Besonders betroffen sind ländliche Räume, in denen viele Bürger auf das Auto angewiesen sind, sowie kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe, Logistik, Landwirtschaft und energieintensive Branchen. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung verteuert dort Mobilität, Wärme, Produktion und Transport, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet Wertschöpfung und Beschäftigung am Standort Deutschland.

Aus einer geopolitischen Energiekrise folgt daher nicht die Rechtfertigung weiterer staatlicher Verteuerung, sondern der Auftrag zur Entlastung. Hessen soll sich deshalb im Bundesrat für die Abschaffung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung einsetzen.

Wiesbaden, 17. März 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**